Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands

des DGB

Begrüßungsrede zur Tagung

„Ein Jahr Reform des Vergaberechts – Ein Fortschritt für die sozialen Kriterien in der öffentlichen Auftragsvergabe“

am 18. Mai 2017 in der Bremer Landesvertretung Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort.)

1. Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zur heutigen Tagung:

„Ein Jahr Reform des Vergaberechts – ein Fortschritt für die sozialen Kriterien in der öffentlichen Auftragsvergabe?“.

Zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund diese Tagung organisiert. An dieser Stelle möchte ich der FES ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit danken.

Ich freue mich sehr, dass Sie alle so zahlreich erschienen sind.

Ein Jahr nach Inkrafttreten der Reform des Vergaberechts wollen wir eine erste Bilanz ziehen: Inwiefern hat die Reform des Vergaberechts einen Fortschritt gebracht hat für die Möglichkeiten, sozialen Kriterien in der Auftragsvergabe zu berücksichtigen?

Lassen Sie uns kurz nochmal einen Blick in die Historie werfen:

In den letzten zwei Jahren gab es Reformen im Bereich des Vergaberechts in Europa und Deutschland.

Schon die EU-Richtlinien über die öffentliche Vergabe von 2014 haben gezeigt, dass soziale Kriterien in der öffentlichen Vergabe nicht mehr als „vergabefremd“ bezeichnet werden können. Mit der Einführung von Art. 18 Abs. 2 der europäischen Vergaberichtlinie

hat auch die EU die strategische Einkaufsmacht der öffentlichen Hand anerkannt. Umweltbezogene und soziale Kriterien wurden erheblich aufgewertet.

Auch Deutschland hat im Rahmen der Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien versucht, ein Zeichen für umwelt- und sozialpolitisches Bewusstsein in der öffentlichen Auftragsvergabe zu setzen.

Das 2016 reformierte Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) eröffnet verschiedentlich die Möglichkeit zur Berücksichtigung sozialer Kriterien.

Insgesamt begrüßt der DGB die Ergebnisse der Reform (z.B. zum Beschäftigtenübergang im Schienenpersonennahverkehr oder die Regelung zu § 128 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen - Auftragsausführung), sieht aber an einigen Stellen auch noch Nachbesserungsbedarf.

Meine Kollegin Ghazaleh Nassibi wird später noch im Einzelnen ausführen, wo genau wir diesen Nachbesserungsbedarf sehen. Deswegen halte ich mich hier kurz.

Ich möchte nur auf einen wichtigen Punkt hinweisen: Am problematischsten ist aus der Sicht des DGB, dass der Gesetzgeber kein System der Tariftreue im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verankert hat.

Dabei meint Tariftreue, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden sollen, die sich an repräsentativen Tarifverträgen orientieren.

Aber warum ist dies aus der Sicht der Gewerkschaften so wichtig?

Die Tarifbindung in Deutschland ist seit Mitte der 1990er Jahre rückläufig. Für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gilt in Deutschland noch ein Tarifvertrag.

Die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass im Jahr 2014 nur noch 45 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in einem tarifgebundenen Betrieb arbeiteten. Der Anteil der tarifgebundenen Betriebe lag 2014 bei nur noch 15 Prozent.

In einigen Handwerksbranchen ist die Tarifbindung noch geringer, so gibt es z.B. in den Gesundheitshandwerken seit Jahren keine Tarifverträge und im ostdeutschen Kraftfahrzeughandwerk sind über sogenannte Tarifgemeinschaften nur noch wenige Betriebe in der Tarifbindung.

Diese Situation stellt eine besondere Herausforderung für die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und auch den Staat dar. Es stellt sich die Frage, wie die Tarifbindung und damit im Ergebnis auch die Tarifautonomie gestärkt werden kann.

In diesem Zusammenhang werden verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der Tarifautonomie diskutiert, so z.B. die Reform der Allgemeinverbindlicherklärung, die Stärkung der Betriebsratsstrukturen, ein Verbandsklagerecht oder die Einschränkung von Mitgliedschaften „Ohne Tarifbindung“ auf Arbeitgeberseite.

Spätestens seit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom März letzten Jahres wissen wir, dass die Handwerksinnungen gegen geltendes Recht verstoßen, wenn sie Unternehmen eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung anbieten.

Das Gericht hat damit ein wichtiges Signal für die Tarifbindung im Handwerk gesetzt. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Signal auch bei den Arbeitgeberverbänden der Industrie zu einem Umdenken führt. Es muss Schluss sein mit der ‚Light‘-Mitgliedschaft. Wer in einem Arbeitgeberverband organisiert ist, für den muss ohne Wenn und Aber gelten: Regeln einhalten – und zwar sämtliche.

Eine weitere Möglichkeit der Stärkung der Tarifbindung ist die Tariftreue in der öffentlichen Auftragsvergabe: Wenn öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die sich an repräsentativen Tarifverträgen orientieren, wird – zusätzlich zum Schutz der Beschäftigten – mittelbar auch die Geltungskraft der Tarifverträge gestärkt.

Die in der Branche üblichen Tarifstandards werden gesichert, Tarifdumping durch den Staat unterbunden. Zudem stärkt dies den

Reiz für Arbeitgeber in Arbeitgeberverbände einzutreten. Wenn außerdem der Staat an dieser Stelle mit Vorbildcharakter voranschreitet dann wird das früher oder später auch auf die private Wirtschaft ausstrahlen.

Dies stärkt das Tarifsystem insgesamt.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, um schon gleich einige der Gegenargumente aufzugreifen: Tariftreueklauseln mit Bezug auf repräsentative Tarifverträge sind verfassungsrechtlich zulässig. Schon 2006 hat das BVerfG am Beispiel des Berliner Vergabegesetzes die Vereinbarkeit von Tariftreueregelungen mit dem Grundgesetz bestätigt.

Auch in einem aktuellen Gutachten zu einer Regelung für Vergaben im ÖPNV im Tariftreuegesetz von NRW wurde die Verfassungskonformität von Tariftreueklauseln festgestellt (Barczak/Pieroth, RdA 2016, 209).

Schließlich sind Tariftreueklauseln auch unionsrechtlich zulässig. Dazu wird meine Kollegin Ghazaleh Nassibi später noch einige Ausführungen machen.

Mag sein, dass deswegen auch das BMWi selbst vor kurzem in seinem Zehn-Punkte-Plan für inklusives Wachstum gefordert hat, dass

öffentliche Aufträge an Tariftreue gekoppelt werden müssen, um ein hohes Beschäftigungsniveau mit besseren Löhnen zu erreichen. Dies hat uns sehr gefreut. Denn das BMWi spricht aus, was die Gewerkschaften schon lange fordern.

Vielleicht kann uns im Anschluss an meine Begrüßung Herr Dr. L´Hoest (gesprochen: LÖST) vom BMWi in seiner Bilanz der Vergabereform dazu etwas sagen. An dieser Stelle schon mal herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, Herr Dr. L´ Hoest, uns die Sicht des BMWi zum Thema zu präsentieren.

Der DGB-Bundesvorstand hat nun seine Forderungen zusammengefasst in einem Positionspapier vom 30. März 2017: „Mit Tariftreue und vergabespezifischen Mindestlöhnen die öffentliche Auftragsvergabe der Zukunft gestalten!“. Sie finden das Positionspapier am Eingang ausgelegt.

Darin fordert der DGB zum einem, dass öffentliche Aufträge an Tariftreue gekoppelt werden müssen.

Zum anderen plädiert der DGB für eine Stärkung der vergabespezifischen Mindestlöhne. Auch dies ist eine weitere Möglichkeit die Tarifautonomie zu stärken.

Auch wenn mittlerweile bundesweit ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn gilt, setzt sich der DGB dafür ein, dass die bereits

existierenden oder geplanten Landesvergabe- und Landesmindestlohngesetze mit ihren vergabespezifischen Mindestlöhnen erhalten bzw. in Kraft gesetzt und ausgebaut werden.

Zum Stand der Diskussionen bei den Landesvergabegesetzen werden wir heute Nachmittag noch mehr erfahren von Prof. Dr. Thorsten Schulten.

Die in unserem Positionspapier diskutierten Erwartungen der Gewerkschaften an die Zukunft der öffentlichen Auftragsvergabe werden dann vor der Mittagspause Thema sein beim Podiumsgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften und Herrn Dr. L´ Hoest vom BMWi.

Ich freue mich aber ebenso, dass wir heute Nachmittag auch die Praxis zu Wort kommen lassen.

Wir werden darüber diskutieren, ob sich die Möglichkeiten der Berücksichtigung der Sozialen Kriterien aus der Sicht der Vergabepaxis verbessert haben oder ob es noch Handlungsbedarf gibt.

Dazu werden wir Inputs von Aiko Wichmann von der Vergabestelle der Stadt Dortmund und von Annelie Evermann von WEED hören.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Zusammenhang mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns haben wir gesehen, wie wichtig ordentliche Kontrollen sind. Die beste Regelung nützt nichts, wenn sie nicht kontrolliert wird. Daher widmen wir auf unserer heutigen Tagung auch diesem Thema etwas Zeit.

Zu den Kontrollmöglichkeiten und den Beratungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der Regelungen zu den sozialen Kriterien in den Bundesländern erwarten uns zwei weitere Inputs: zum einen von Stephan Bach vom saarländischen Wirtschaftsministerium mit einer Erwiderung von Lukas Bläsius vom DGB-Bezirk RLP-Saarland und zum anderen von Mirko Jularic vom Wirtschaftsministerium NRW mit einer Erwiderung von Achim Vanselow aus dem DGB-Bezirk NRW.

Ich bin sehr gespannt auf die Vorträge und Diskussionen des heutigen Tages.

Ich danke schon jetzt allen Vortragenden und DiskutantInnen für ihre Teilnahme und wünsche allen viel Spaß bei der heutigen Veranstaltung.